

Nepal im Überblick

zusammengestellt von Thomas Döhne

Zweifelhafte Verringerung der Tuberkulosefälle

Die Zahl der neu entdeckten Tuberkulosefälle ist um 50 Prozent zurückgegangen, seit die Regierung am 24. März eine landesweite Abriegelung im Zuge der Corona-Maßnahmen durchgesetzt hat. Dies geht aus einer Untersuchung hervor, die in allen sieben Provinzen und im Kathmandu-Tal durchgeführt wurde. Allerdings hatte der Stopp des Transportdienstes den Zugang der Patient(inn)en zu den Gesundheitseinrichtungen eingeschränkt. Dieser Stopp und die Angst vor einer Übertragung von COVID-19 hemmten die Patient(inn)en nach Einschätzung des Nationalen Tuberkulosezentrums, Gesundheitseinrichtungen aufzusuchen. „Die anhaltende Abriegelung und die COVID-19-Epidemie haben unseren Kampf gegen die Tuberkulose erschwert“, sagte Dr. Anuj Bhattachan, Direktor des Zentrums, gegenüber Pressevertretern. Tuberkulose ist die siebthäufigste Todesursache in Nepal, die nach Angaben des Zentrums jährlich 5000 bis 9000 Todesfälle verursacht. Täglich werden 18 bis 22 Todesfälle auf Tuberkulose zurückgeführt, 123 neue Fälle gemeldet. Es wird vermutet, dass rund 27 Prozent der Fälle nicht gemeldet werden. Bhattachan erklärte weiter, dass er mit einem starken Anstieg rechne.

Festnahmen bei Demonstrationen

Sieben Ausländer/-innen wurden am 13. Juni in Maitighar Mandala festgenommen, weil sie an einer Demonstration teilgenommen haben, die das Regierungshandeln im Zusammenhang mit der Eindämmung der Corona-Krise kritisierten. Die Festgenommenen stammen nach Angaben eines hohen Polizeibeamten aus China, den USA, Frankreich, Kanada und Australien. Ihnen wird vorgeworfen, regierungsfeindliche Plakate mit sich geführt zu haben. Ausländer/-innen können gemäß der nepalischen Verfassung nicht an Demonstrationen zu internen Angelegenheiten des Landes teilnehmen. Eine große Zahl von Sicherheitskräften wurde zur Demonstration eingesetzt. Jugendliche haben gegen die Regierung wegen ihres Versagens bei der Kontrolle und Verhinderung der Coronavirus-Pandemie und wegen ihres schlechten Managements protestiert. In zwei anderen Stadtteilen Kathmandus, Basantapur und Baluwatar, war es ebenfalls zu Protesten von Jugendlichen gekommen.

COVID-19 Abriegelung beeinträchtigt Impfkampagne

Mehr als 70.000 Kinder im Alter von sechs Monaten bis fünf Jahren können derzeit in der Metropolregion von Kathmandu nicht gegen Masern und Röteln geimpft werden. Während die am 13. Februar begonnene Impfkampagne in Gesundheitseinrichtungen anderer Bezirke des Landes weitgehend abgeschlossen wurde, haben die Impfungen in Kathmandu noch nicht einmal begonnen. „Wir konnten die Aktion wegen der Abriegelung nicht beginnen“, erklärte Narendra Bajracharya, Leiter des städtischen Gesundheitsamts. Die Gesundheitseinrichtungen in Kathmandu sollten die einmonatige Impfkampagne Anfang April starten. Die landesweite Abriegelung begann am 24. März. „Es ist nicht so einfach, die Kampagne zu starten, gleichzeitig die soziale Distanzregel und die Sicherheit der Menschen einzuhalten“, sagte Bajracharya. Die Regierung stellt im Rahmen ihres Impfprogramms elf Impfstoffe gegen vermeidbare Krankheiten zur Verfügung. Nachdem in mehreren Teilen des Landes, darunter auch im Kathmandu-Tal, während der Sperrzeit Masernausbrüche gemeldet wurden, hatte das Ministerium für Gesundheit und Bevölkerung die Gesundheitseinrichtungen im ganzen Land angewiesen, das Impfprogramm wieder aufzunehmen. Das Gesundheitsministerium der Stadt steht auch unter Druck, das Impfprogramm abzuschließen, da Mitte Juni das laufende Haushaltsjahr endet. Bajracharya sagte, das Gesundheitsministerium habe das Stadtbüro bereits darüber informiert, dass das Budget für die Masern-Röteln-Impfkampagne nicht bis zum Ende des nächsten Finanzjahres verlängert werde. „Ich denke, dass die Kampagne diesmal nicht wirksam sein wird, da Tausende von Kindern während dieser Sperrzeit in ihre Dörfer zurückgekehrt sind. Darüber hinaus können wir nicht erwarten, das Programm wieder aufzunehmen und gleichzeitig alle Sicherheitsmaßnahmen gegen das Coronavirus zu gewährleisten“, sagte er. Schätzungen gehen davon aus, dass in Kathmandu die Impfquote der meisten Programme 60 Prozent oder weniger beträgt. Die Gesundheitsbehörden schätzen daher die Wahrscheinlichkeit eines großflächigen Ausbruchs von vermeidbaren Krankheiten in den kommenden Monaten in Kathmandu als hoch ein. Im Mai sind die ersten Kinder an Masern erkrankt.

Kastendiskriminierung mit tödlichem Ausgang

In Rukum, Westnepal, hat sich ein Fall von Kastendiskriminierung mit tödlichem Ausgang ereignet, der landesweit Aufmerksamkeit erregte. Verhaftungen sowie eine Untersuchung durch die nationale Menschenrechtskommission (NHRC) folgten. Am 23. Mai hatte sich ein heiratswilliger Jugendlicher der als „unberührbar“ geltenden Schmiedekaste aus dem Stadtbezirk Bheri, Jajarkot, zusammen mit 18 Freunden in das Dorf Soti begeben, um ein Mädchen des dort ansässigen „hochkastigen“ Malla-Clans zur Heirat abzuholen. Die Gruppe sah sich jedoch um 18.30 Uhr an diesem Tag den Einheimischen des Dorfs Soti gegenüber, darunter der Bezirksvorsitzende Dambar Bahadur Malla und die Familie des Mädchens. Die Jungen wurden Berichten zufolge „erbarmungslos geschlagen“, zum Bheri-Fluss gejagt und „gezwungen“, in den Fluss zu springen. Von den sechs Jugendlichen wurden die Leichen von fünf, darunter Nawaraj, in der darauffolgenden Woche geborgen. Einer wird noch vermisst. Danach kam es zu zahlreichen Protesten in Rukum, Jajarkot und Kathmandu. Die Polizei hat mehr als ein Dutzend Beteiligte, darunter den Bezirksvorsteher der Gemeinde Chaurjahari, im Zusammenhang mit dem Tod der Jugendlichen verhaftet. Familienmitglieder des Mädchens sagten aus, die Jugendlichen hätten versucht, das minderjährige Mädchen trotz der Weigerung der Familie gewaltsam wegzubringen.

Arbeitspflicht für Hilfsempfänger

Ein Stadtbezirk von Kathmandu hat eine Arbeitspflicht für Hilfsempfänger eingeführt. Ab sofort muss mindestens ein Mitglied aus Familien, die staatliche Zuwendungen beantragen, eine von den lokalen Behörden zugewiesene Arbeit verrichten, wenn die Familie lebensnotwendige Güter von der Regierung erhalten soll. Im Rahmen der neuen, im April gestarteten Kampagne „Hilfe zur Selbsthilfe“ sollen die Einheimischen täglich von 7 bis 11 Uhr morgens an öffentlichen Plätzen Unkraut jäten, Büsche, Abflüsse, Innenhöfe und Spielplätze säubern. Anwohner und Gewerkschafter haben die Aktion begrüßt und erklärt, die Aktion werde dazu beitragen, öffentliche Plätze sauber zu halten. „Das ist wirklich ein guter Schritt. Alle lokalen Gremien sollten dies tun, denn Mitglieder aller Haushalte sind jetzt arbeitslos“, sagte Janak Chaudhary, Generalsekretär des nepalischen Gewerkschaftsbundes. Die Gemeinde Changunarayan in Bhaktapur kam auf die Idee, nachdem auch diejenigen, die sich und ihre Familie ernähren konnten, an Hilfsprogrammen teilnahmen. Ab dem 25. April versorgte die Stadtverwaltung nur noch diejenigen

mit lebensnotwendigen Gütern, die die von ihr beauftragte Arbeit leisteten. In Changunarayan müssen die Menschen zwei Tage in der Woche arbeiten und erhalten einen Lohn von 1620 Rupien (knapp 12 Euro). Im Stadtbezirk Kathmandu-15, wo Armen und Bedürftigen ein kostenloses Mittagessen zur Verfügung gestellt worden war, wurde das Programm nach fast zwei Monaten beendet. Aus den Aufzeichnungen der Station geht hervor, dass in Bhuikhel, Jana Galli, Chamati, Annapurna Chowk und Buddha Park kostenlose Mittagessen an 2200 Menschen verteilt wurden. Die Station plant Hilfsgüter an über 700 Menschen zu verteilen. „Wir werden diese Hilfsgüter den Behinderten und älteren Menschen vor ihre Haustür bringen“, sagte Ananda Gautam, Mitglied der Station 15. Das Hilfspaket umfasst zehn Kilogramm Reis, zwei Kilogramm Hülsenfrüchte, einen Liter Öl und gequetschten Reis (*flattened rice*). Laut Ishwor Man Dangol, Vorsitzender der Station, ist diese Aktion für Kathmandu neu: „Wir sind die erste Gemeinde, die dieses Programm initiiert hat. (...) Andere Bezirke werden diesem Beispiel folgen.“

Hilfzahlungen an Quarantäneeinrichtungen knapp

Die Gemeinde Chaurjahari in Rukum (West) verfügt über 14 Quarantäneeinrichtungen für mutmaßliche COVID-19-Patient(inn)en. Sie hat die Versorgung der in diesen Einrichtungen lebenden Menschen mit Lebensmitteln eingestellt und beschlossen, stattdessen Bargeld auszugeben. Doch die Menschen berichten, dass die 178 Rupien (1,30 Euro) pro Tag nicht ausreichen, um die Kosten für alle Mahlzeiten abzudecken. Die Zahl der Quarantänepatient(inn)en hatte stetig zugenommen, die Stadt jedoch von der Zentralregierung und der Provinzregierung kein ausreichendes Budget erhalten. Die Stadtverwaltung hatte für 39 Personen in den 14 Einrichtungen Frühstück, Mittag- und Abendessen bereitgestellt. Am 19. Mai hatte der Gemeindevorstand für das Katastrophenmanagement beschlossen, anstelle von Nahrungsmitteln 178 Rupien an alle in Quarantäne befindliche Personen auszugeben. Nachdem 34 Personen aus indischen Städten in die Gemeinde zurückgekehrt waren, wurden sie für 14 Tage in Quarantäne geschickt. Laut Direktive der Zentralregierung müssen die Kommunalverwaltungen diesen Personen Lebensmittel oder eine Verpflegungszulage gewähren, in Höhe des für das Sicherheitspersonal des Bezirkspolizeiamtes festgelegten Satzes. Das Geld reicht jedoch nicht aus, sagen selbst die Verantwortlichen in den Einrichtungen. Die Stadt stellt außerdem Desinfektionsmittel, Seife, Trinkwasser und andere notwendige Materialien zur Verfügung.

Arbeitsplatzabbau in den Golfstaaten

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) schätzt, dass in den Golfstaaten mindestens fünf Millionen Arbeitsplätze abgebaut werden. Laut ihres Berichtes werden weltweit 1,95 Milliarden Arbeitnehmer von der Coronavirus-Pandemie betroffen sein. Allein im asiatisch-pazifischen Raum werden etwa 1,25 Milliarden Menschen voraussichtlich ihren Arbeitsplatz verlieren. Dieser Abbau von Arbeitsplätzen birgt für die nepalische Wirtschaft ein doppeltes Risiko: Die von Rücküberweisungen abhängige Volkswirtschaft Nepals wird lahmen, der Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten im Land betrifft den heimischen Arbeitsmarkt. Aufgrund des Ausbruchs der Pandemie warten Tausende von Menschen darauf, in ihre Heimat geholt zu werden. Es besteht jedoch Ungewissheit darüber, ob oder wann sie zurückgerufen werden.

Arbeitslosigkeit schlimmer als Pandemie

Nach Angaben des staatlichen Gremiums für Beschäftigung im Ausland (*Foreign Employment Promotion Board, FEB*) arbeiten rund 1,34 Millionen Menschen aus Nepal als Wanderarbeiter in den sieben Golfstaaten. Von ihnen wollen 407.000 in ihre Heimat zurückkehren. Eine Studie der Behörde in Zusammenarbeit mit den diplomatischen Vertretungen in den Golfstaaten und Malaysia ergab, dass 280.000 nepalische Arbeitnehmer/-innen ihren Arbeitsplatz in diesen Ländern verlieren und 127.000 von ihnen nach Hause zurückkehren wollen, so die Einschätzung des FEB Direktors Shrestha. Saudi-Arabien, Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und Malaysia

hatten den illegal Arbeitenden Straffreiheit zugesprochen, aber erwartet, dass sie zurückkehren. Länder wie die VAE und Kuwait erleichtern die Rückkehr, indem sie zusagen, die Flugzeuge zu chartern. Die VAE haben damit gedroht, die Arbeitsabkommen mit denjenigen Ländern nicht zu verlängern, die nicht bereit sind, die Wanderarbeiter/-innen zurückzuholen. Die Arbeitenden nach Hause zu schicken ist ein Zeichen dafür, dass der Arbeitsmarkt schrumpft.

COVID-19, Lebensstil und Wirtschaft

Bis zum Tag der Abriegelung wurden von den Arbeitsmigrant(inn)en täglich 2,4 Milliarden Rupien nach Nepal transferiert (rund 17,5 Millionen Euro). Während der 61 Tage andauernden Abriegelung kam nur ein Teil ins Land, was sich negativ auf rund 60 Prozent der 5,4 Millionen Haushalte in Nepal auswirkte. Ratenzahlungen konnten nicht geleistet, die Schulgebühren nicht bezahlt werden. Jedes Jahr strebt eine halbe Million Jugendlicher auf den Arbeitsmarkt. Die meisten suchen ihr Glück als Wanderarbeiter/-innen im Ausland. Nun wird befürchtet, dass etwa 500.000-700.000 Menschen in Malaysia und den Golfstaaten ihren Arbeitsplatz verlieren könnten. Das gesamte Ausmaß der negativen Rücküberweisungseffekte wird sechs Monaten nach einer solchen Pandemie spürbar. Möglicherweise werden fast 2,5 bis 3,0 Millionen nepalische Arbeitnehmer/-innen in Indien oder den Golfstaaten ihren Arbeitsplatz verlieren. Die nepalische Landwirtschaft wäre ein Bereich, um mit der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu beginnen. Experten appellieren an die Regierung sich darauf zu konzentrieren bis andere Alternativen gefunden werden.

Die Zeitschrift zu Bangladesch

NETZ berichtet ausschließlich über Bangladesch. Vierteljährlich. Jede Ausgabe widmet sich fundiert und engagiert einem Schwerpunktthema. Internationale Experten und Betroffene kommen zu Wort. Zudem informiert NETZ über Entwicklungsarbeit in dem Land, den Einsatz für Menschenrechte und über aktuelle politische Hintergründe. NETZ enthält regelmäßig literarische Übersetzung aus dem Bengalischen.



Kostenloses Probe-Heft anfordern:

NETZ
Moritz-Hensoldt-Str. 20
35576 Wetzlar
zeitschrift@bangladesch.org